

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkübler u. der Arbeiterdienst in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal 6 Mr.

Erscheint jeden Mittwoch  
Redaktionsstundum Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro festsgepaltene Nonpareillezeile 1 Mark, für Zählstellen 50 Pf.

**Rollegen! Bäcker und Konditoren!** Der außerordentliche Verbandstag deutscher Bäckerinnungen beschloß, bei der Regierung Schritte zu unternehmen auf Umwandlung der durch Gesetz festgelegten täglichen achtstündigen Arbeitszeit in eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden. Der reaktionäre Anschlag auf den Achtstundentag darf nicht verwirkt werden. Gelingt das den Unternehmern, dann wird die Wiedereinführung der Nacharbeit auf dem Fuße folgen. Tretet überall in Aktion, wenn Euch zugemutet werden sollte, täglich länger als 8 Stunden zu arbeiten! Holt die Außenstehenden für den Verband und haltet Euch stets kampfbereit!

## Unser neues Statut.

Der Nürnberger Verbandstag hat den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend die Verbandszügungen einer gründlichen Änderung unterzogen. Schon die ersten Paragraphen weichen von den bisherigen Bestimmungen stark ab. Die Zuständigkeit des Verbandes ist im § 2 festgelegt und lautet nunmehr:

1. Beitragsberechtigt zum Verbande sind alle in Bäckereien, Brotsfabriken, Konditoreien, der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie, bei der Produktion, Verband und Vertrieb gegen Lohn oder Gehalt tätigen männlichen und weiblichen Personen sowie Lehrlinge, die das Statut als rechtsverbindlich für sich erklären.

2. Der Verband ist zuständig für alle Bäckereien, Brotsfabriken, Konditoreien sowie für die Keks-, Waffel-, Zwieback-, Honig-, Gebäck- und Pfefferkuchen-, Spekulatius-, Prinzen-, Oblaten-, Pasteten-, Zuckerwaren-, Marzipan-, Tragant-, Latzen-, Kakao-, Schokoladen-, Teigwaren-, Marmelade-, Kunsthonig- und Süßspeisenindustrie.

Die Bestimmungen sind so klar, daß sie zu Zweideutigkeiten keine Veranlassung geben. Die Organisation betrachtet sich als zuständig für alle in den aufgeführten Berufen bei der Produktion, Verband und Vertrieb gegen Lohn oder Gehalt tätigen männlichen und weiblichen Personen sowie Lehrlinge. Wir gehen damit nicht weiter als andere Gewerkschaften, die in ihren Statuten schon längst derartige Bestimmungen aufgenommen haben. Es ist verständlich, daß im inneren Betriebe nur dann wirksam die Interessen der Beschäftigten vertreten werden können, wenn nur eine Organisation hierfür zuständig ist. Soweit konnte allerdings der Verbandstag nicht gehen, daß sich die Organisation für alle in unsern Berufen beschäftigten Personen zuständig erklären könnte. Zweifellos würde eine solche Lösung, die zur Betriebsorganisation führt, die beste sein. Darüber muß aber eine andere Stelle, der Gewerkschaftskongress, entscheiden. Auf früheren Tagungen wurden wohl diesbezügliche Anträge gestellt, sie kamen aber eine Mehrheit auf sich nicht vereinigen.

Die unserm Gebiet zuständigen Berufe haben gegenüber den bisherigen Zügungen und gemäß des Schiedsgerichtes vom Vorjahr, nachdem uns die Teigwaren- und Marmeladenindustrie zugewiesen wurde, eine Erweiterung erfahren. Es ist verständlich, daß dann auch die Kunsthonig- und Süßspeisenindustrie, neue Industriezweige, die während des Krieges entstanden sind, unserm Tätigkeitsgebiet einverlebt werden müssen. Damit ist nun ausgesprochen, daß wir zu einem Industrieverband für die Beschäftigten in der Mehl und Zucker verarbeitenden Industrie angewachsen und aus der Berufsorganisation herausgetreten sind. Die Entwicklung unseres Verbandes hat sich ganz natürgemäß mit der Entwicklung des fehlenden rein handwerklichen Bäcker- und Konditorgewerbes vollzogen. In allen diesen Industriezweigen finden wir mehr oder weniger gelehrte Bäcker und

Konditoren beschäftigt, die aus ihrem erlernten Beruf in die verwandten Berufe übergingen.

Der Zweck des Verbandes ist im § 3 niedergelegt:

Der Verband hat den Zweck, die geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere durch Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund bestehender Gesetze zu wahren und zu fördern sowie die Befestigung der kapitalistischen Produktionsweise zu erstreben. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

- a) Zusammenschluß aller männlichen und weiblichen Personen aller Industrien, für die der Verband zuständig ist;
- b) Abschließen kollektiver Lohn- und Arbeitsverträge unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel, einschließlich des Streiks;
- c) Unterstützung der Betriebsräte bei der Durchführung der ihnen zugewiesenen Aufgaben;
- d) Aufklärung und Bildung der Mitglieder, Pflege der Solidarität und des geselligen und kollegialen Verkehrs derselben in den Zahlstellen durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranstaltungen von Vorträgen;
- e) Einwirkung auf die Gesetzgebung;
- f) Regelung des Lehrlingswesens;
- g) Errichtung von Arbeitsnachweisen, eventuell auf partikularer Grundlage;
- h) berufsspezifische Erhebungen.

Damit hat der Verbandstag erklärt, daß die Organisation aus ihrem bisherigen engen Rahmen herauströten muss und sich den Erfordernissen, die auf die Befestigung der kapitalistischen Produktionsweise abzielen, anzuschließen hat. Wir haben darum unsere Tätigkeit auf eine breitere Basis gestellt und die Pflicht übernommen, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Vergesellschaftung der Produktion gerichtet sind. Wir unterscheiden uns durch unsere Ziele wesentlich von den Organisationen anderer Richtungen. Kürzlich konnten wir die neuen Bestimmungen über den Zweck des christlichen Verbandes veröffentlichen. Zur besseren Verständigung ist es notwendig, ihn gegenüber unseren Satzungen in Vergleich zu stellen. Der Zweck des christlichen Verbandes ist:

Hobung der wirtschaftlichen und sozialen Lage seiner Mitglieder, Förderung der gewerblichen und geistigen Bildung, Sicherung der Gleichberechtigung des Arbeitersstandes im wirtschaftlichen und sozialen Leben auf christlicher und gesetzlicher Grundlage.

Welch himmelweiter Unterschied zwischen unsern Bestrebungen und den von uns gezeigten Zielen.

Der § 4 führt die verschiedenen Arten von Nutzenzuzugungen auf, die die bezugsberechtigten Mitglieder erhalten, als da sind:

- a) Unterhaltung bei Streiks- und Aussperrungen;
- b) Unterhaltung bei Magazinregelung;
- c) Arbeitslosenunterstützung;
- d) Heiseunterstützung;
- e) Krankenunterstützung.

h) Sterbeunterstützung,

g) Umzugunterstützung,

b) Notfallunterstützung,

i) Rechtsschutz in allen gewerblichen und solchen Streitigkeiten, die sich auf das Unfallversicherungs-, Haftpflicht-, Invalidenversicherungs-, Krankenversicherungs- und Kleinbahnsversicherungsgesetz beziehen.

Einer Neuregelung wurde das Ausschlußverfahren durch die Einführung von Schiedsgerichten unterzogen. Damit ist dem vielfachen Wunsch der Mitglieder Rechnung getragen.

Neben die Eintrittsgelder und Regelung der Beiträge haben wir bereits an anderer Stelle berichtet.

Neben den Rechten im Verbande haben auch die Mitglieder Pflichten auf sich genommen. Die allgemeinen Pflichten der Mitglieder sind in § 28 ersichtlich:

1. Jedes Mitglied ist verpflichtet, für die Ausbreitung des Verbandes und die Errichtung seines Zwecks zu wirken sowie allen Anordnungen des Verbandsvorstandes und der Lokalverwaltung nachzukommen und die ihm eventuell übertragenen Rechte gewissenhaft zu verwahren.
2. Jedes Mitglied ist bei einem etwaigen Aufruhrabschluß wechsel verpflichtet, sich innerhalb 14 Tagen bei der bisherigen Ortsverwaltung ab, und bei den neuen anzumelden.

Mit dem Beitritt zur Organisation hat jedes Mitglied gleichzeitig die Pflicht auf sich genommen, für die Ausbreitung des Verbandes und Werbung never Kampfer zu sorgen, aber auch dahingehend zu wirken, daß der Zweck erreicht wird, nicht alle unsere Mitglieder arbeiten so. Wir haben noch viele Mitglieder, die die Meinung vertreten, mit der wöchentlichen Beitragzahlung hätten sie auch ihre Pflichten gegen über dem Verbande erfüllt. Würden alle so handeln, dann wäre der Verband bald auf dem toten Punkt angelangt. Eine gewerkschaftliche Kampfesorganisation kann aber nur dann Erfolge und Fortschritte aufweisen, wenn in ihr reges Leben pulsiert und alle Kräfte mithelfen, alle Berufszugehörigen für unsere Bestrebungen als Kämpfer zu gewinnen. Dazu muß ein jedes Mitglied beitragen. Die Verbindlichkeit gestaltet sich doch so mannigfaltig, daß jedes Mitglied die Möglichkeit hat, daran mitzuwirken.

Die übrigen Bestimmungen erstrecken sich auf die Gliederung des Verbandes. An der Spitze steht der Verbandsvorstand aus 19 Personen, von denen die Angestellten die Geschäfte in der Hauptverwaltung führen. Dem Vorstand steht ein Beirat zur Seite, der sich aus einem Vertreter des Ausschusses und den in den Zahlstellen und Wahlbezirken gewählten Vertretern zusammensetzt. Als Nebenwachungs- und Beschwerdeinstanz ist ein aus 7 Personen bestehender Verbandsausschuss eingesetzt. Die folgenden Paragraphen regeln die Bezirksverwaltung, Besitzkonferenzen, Lokal- und Sektionverwaltungen in den Zahlstellen.

Der zweite Abschnitt bringt in ausführlicher Weise die Reglemente bei Streiks, Aussperrungen, Erwerbslosigkeit, Umzug und Sterbefällen. Darauf können wir leider infolge

des Raummangels nicht näher eingehen. Den Mitgliedern wird aber ganz besonderß eingehendes Studium dieser autoritärer Bestimmungen empfohlen, weil es sich hier ausschließlich um ihre Rechte beim Empfang der Unterstüzung handelt. Manche Verärgerung wäre nicht vorgekommen, wenn die Mitglieder das Unterstüzungsreglement gekannt hätten, und manche unnötige Schärerei und Arbeit würde unterblieben sein, wenn immer bei der Anmeldung zum Bezug der Unterstüzung nach den Sitzungen verfahren worden wäre.

Das Gesetz, das der Verbandstag für die Organisation geschaffen hat, kann von seiner Seite geändert werden. Die Einhaltung ist für den Verbandsvorstand und für die Mitglieder Pflicht. Die Kollegen und Kolleginnen sind daher im Falle, wenn sie die Meinung vertreten, daß der Vorstand berechtigt ist, Maßnahmen einzuleiten. Der Verbandstag allein ist nur berechtigt, Änderungen an unseren Satzungen vorzunehmen zu können. In den Zählstellenversammlungen müssen die Mitglieder über die statutarischen Bestimmungen aufgeklärt und es muß Sorge getragen werden, daß alle Mitglieder unseres Verbandsgeges entsprechend handeln.

**Der Preisstetig für die Sing-, Back- und Trigmarth-  
inchenfrie ist gekündigt!**

F. W. Die Organisationsleitung hat in den letzten Wochen vor der schweren Verantwortung gestanden, die Frage zu entscheiden, ob die Interessen der Kollegenschaft in der Fuß-, Stell- und Zeugwarenindustrie besser gewahrt sind, wenn der zum 30. September ablaufende Streik bestätigt wird, als wenn er unter den gegenwärtigen Bedingungen noch eine Spanne, vielleicht ein Jahr, weiterlaufe. Für die Rendigung stand der Umstand, daß die jetzigen Beschlüsse des Senats in ihrem allgemeinen Geist und noch ziemlichlichlich ihrer Form, die die direkten Lohnverhältnisse regelt, äußerst bedeutungsvollig sind. Vor allem war es, ganz abgesehen von der ungenügenden Lohnhöhe, die zu weit getriebene Guteilung der Altersklassen und die ungünstige Regelung der Disziplinfrage, die immer wieder berechtigte Unzufriedenheit gab. Es war eben ein Senat, gekommen aus der Räte der Rentenagenten, die sich auf diesem Gebiete ganz nach dem Gesetz gegenüber Kunden und deren einer Seite sogar die Erfüllung des Rechtes gar nicht als eine Vergewaltigung hielten, als eine Sache, die man sich durchaus unter keinen Umständen hätte gefallen lassen, sofern nicht die Mittel zur Rettung und dem die verflüchtigte Revolution gekommen wären. Diese Schutzbefohlenen haben es noch vor dem Krieg vorausgesehen, daß es ihnen gar nicht einfalle, ihre Schutzherrschaft im Staate zu halten, mit so geringen Vermößen zu leben — das ist leichter gesagt, als bereit die Schutze des gewaltigen, modernen Gewerbevereins auf ihrem Rücken tragen, kann der mittlerweile Gewerbeverein in der Umfang fast, wohl aber nicht der Unternehmertum die Hand reichen würde, um soviel mit zu meistern, aber man führt sehr ungewöhnlich, trotzdem zu halten, was zu halten war. Auf der einen Seite, auf der der Unternehmertum, wobei eben die gewaltige Unternehmensgruppe ebenfalls bestrebt werden soll es nun sicher mit Erfolg zu sein, ob sie gelungen ist, bei der ganzen Zahl genügend Sicherungsmaßnahmen für die Unternehmungen einzuhängen, um den Unternehmern angeschlossenen habe über Sicherheit eine gewisse Wissenssicherheit zu geben. Das ist warum der Senat auch jetzt eine bedeutende Sicherheit für die geschäftstragenden, ferner wirtschaftlich geprägten Städte, aber es hat den Städten in den Großstädten ihren den vertriebenen Leuten nicht das, was sie fordern ihr Recht war. Dazu sage abschließend die nachstehende Erörterung, und nachsoße in nächster Gelegenheit, ein, die müssten in den Großstädten am meisten führen.

## **Gesche und Erfolge in historischer Sicht.**

Die Untersuchungen, die der Sieg auf allen Gebieten des  
politischen und wirtschaftlichen Lebens gezeigt, sind in ihrer  
Gesamtheit und in ihren logischen Schlußfolgerungen noch nicht zu  
Schluß und müssen noch weiteren wachsenden Erfahrung viele  
neue Feste Gesetzmäßigkeiten und die praktische Staatsarbeit fort-  
während weiter erweitern. Eindeutig ist, aus Kapitalistisch-  
sozialistischer Sicht geworden zentralisiert, hat der Sieg  
Achtung ausgedehnt und damit Gute Wünsche möglichst vieler  
Leute geweckt und im Geiste der Brüderlichkeit eingeklangt.  
Befürchtungen liegen. Daß mit der Säkularisierung der Menschenheit  
fort eine soziale Kriegsgefahr durch Kampf und Siedel-  
fürsorge und durch Arbeitsteilung und Spezialisierung französische  
Diktatur verschwinden werde, so hat auch dieser Zusammen-  
hang zwischen dem revolutionären Sozialismus und dem sozialen  
und im Staate, in der Siedlung, Mutter und Kindergarten, Pflege-  
und Erziehung, Schulen usw. im Verdienst von Monarchen bestanden,  
daß die Monarchie eine solche Diktatur nicht ein-  
setzen und selbst offen, daß alle Rechte und Freiheiten ver-  
hindern und verbieten werden müßten, um die Bevölkerung zu  
unterwerfen, welche, wenn sie sozialisiert zu werden, als das

Die politische und künstlerische Reaktionen in den Jahren im  
Kriegswinter, die nach beiden Seiten als die Reaktionen der  
Faschisten liegen. Aber die gewöhnliche Geschichtsschreibung, die 4 Jahre  
lang über Frontkämpfer geschrieben, sagt über Hitler nichts.  
Der gesamte Krieg ist mit den Fragen der Geschichtsschreibung  
der von ihm beeinflusst wurde, mit der jüdischen Lehre  
verbunden und kann nicht so ohne erläutert werden. Dagegen sind  
die Untersuchungen auf die Synagogen nicht mehr einzusehen.

Die beständigen treten bei Störungen des Regels ist  
hier in den physiologischen Erscheinungen auf der von  
den anderen Theilem in die Gegenwart. Siehe hierzu noch ein  
mit einer Schildkröte gemacht, bei der Regel nach dem Leidende  
Spermie eines Schildkröten entzündet und die mit einem  
zweiter Leidende Käferinfecten infiziert. Siehe so überzeugend  
dass gescheitert ist die sogenannte Störung, die bei  
Spermie auf der zweiten Gattung, auf diejenigen und jenen

würde, und so fällt diejenige Stützverstärkung des Zutriebs, welche Mangel an Beweglichkeit, am sichtbarsten zutage. Dieser Mangel haftet schließlich jedem Steichstarif an, braucht es aber durchaus nicht in unerträglichem Maße.

Die Arbeiterschaft verlangte also immer wieder mit Recht, daß sobald als möglich grundlegende Verbesserungen des Reichstariffs getroffen werden sollten. Und doch war in den letzten Monaten und Wochen der Verbandsvorstand und auch die Vertreter der Arbeitnehmer im Zentralausschuß zu der Auffassung gekommen, daß eine Kündigung des Tariffs im jetzigen Zeitpunkt weder im Interesse der Arbeiterschaft noch der Industrie selbst gelegen sei. Die laufende Vereinbarung bot trotz all feiner erwähnten und noch anderer Mängel inunerhört die Möglichkeit einer Ausmerzung der leichten und die Einführung von Verbesserungen, sobald in den Bezirksausschüssen eine geschickte Tätigkeit entfaltet wurde. Ebenso konnte bei noch höherem Steigen der Lebensmittelpreise auf dem Wege der Steuerungszulagen immer wieder ein Ausgleich gesucht werden. Und vor allem steht bekanntlich gerade die Süßwarenindustrie in eifriger Bewegung. Was die nächste Zukunft bringt, weiß kein Mensch. Ganze große Zweige unserer Gesamtindustrie — der mehlverarbeitenden — liegen überhaupt still; der Zeitpunkt und Grad ihrer Wiederbelieferung ist ein Rätsel. Solche Umstände bieten der Arbeiterschaft keine günstige Angriffsposition. Auch die Industrie selbst würde durch harte Kämpfe gegenwärtig nie ins Werk getroffen werden können. Dies alles

Min stehen also fäkt vor den Fatsche und in allen

Wir stehen also jetzt vor der Tatsache, was in aller Gründlichkeit mit den Forderungen zu besinnen, die für den neuen Tarif aufgestellt werden müssen. Die notwendigen Schritte hierzu werden seitens des Verbandsvorstandes schnellstens getroffen werden. Für alle Zweige der Fabrikbranche gilt aber jetzt nur die Lösung: Auf den Posten! Es muß gründlichste und umfassendste Arbeit geleistet werden, wenn wir unsere Position nicht nur halten, sondern erweitern wollen. Vorwärts an die Arbeit. Bringt den letzten Arbeiter und die letzte Arbeiterin in unsere Reihe. Rüstet zum Lohnkampf! Er ist nicht von uns — er ist von den Unternehmern gewollt. Wir hoffen natürlich, daß er auf dem Verhandlungswege erledigt werden kann, aber die Kollegenschaft hat sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten!

# Der Magdeburger Konditorenverband bei den Gelben.

Für den Magdeburger Konditorgehilfenverband mußte der 2. Verbandsstag, der kürzlich in Halle a. d. S. tagte, die Entscheidung bringen, welcher Richtung der deutschen Konditorenverbände er sich anschließen wird. Das kleine Verbündchen war so nicht lebensfähig, daß schon recht bald die Meister und Genossen eintraten. Mit wenig hundert Mitgliedern und leeren Kassen kann man den Konditoreninnungen keine Furcht beibringen. In den Kreisen der Selbständigen hat sich in der letzten Zeit eine rege Organisationsstätigkeit entwickelt. Die in Leipzig erscheinende Fachzeitung gibt sich Mühe zu einem guten Organ für die Interessenvertretung der Selbständigen. Dort weiß man auch, daß die Magdeburger Richtung ungünstig für die Meister ist, weil sie in ihrer Ohnmacht den Gehilfen wenig nützen kann. Wenn auch, um den Schein der Gehilfenfreundlichkeit zu wahren, Cartise abgeschlossen werden, so wissen die Selbständigen recht gut, daß solche Vereinbarungen nicht eingehalten werden brauchen. Die Abmachungen stehen auf dem Papier. Den Magdeburgern fehlt auch noch alles, um die Selbständigen zur Einhaltung zu zwingen.

Summ wurde in Halle der Anschluß an den Nationalverband Deutscher Gewerkschaften beschlossen. Diese Richtung wird den allermeisten Kollegen unbekannt sein. Es ist die Zentrale der gelben, wirtschaftsfriedlichen Organisationen, die früher unter der Firma „Wirtschaftsfriedliche Vereinigung der Arbeiter“ ihr Unwesen trieb und anstößig genug unter der rechtlich denkenden Arbeiterschaft ist, - infolge der vor dem Kriege eingenommenen Stellung zur Schaffung eines Suchthausgesetzes für streifende Arbeiter. Wir können nicht glauben, daß sich die Delegierten für diese Richtung entschieden hätten, wenn ihnen "reiner Wein eingeschüttet worden wäre.

Die gelbe Strömung hat sich nunmehr auch unter den Konditoren breitgemacht. Den Neukunden davon werden nicht die Arbeitgeber haben und die Gehilfenschaft wird in ihrem sozialen Aufstieg stark gehindert werden. In dieser Zeit, wo sich die Gehilfen entzweiten, bekämpften und in ihrem Handeln wenig waren, halten die Arbeitgeber die Einigkeit in die Tat umgesetzt. Die beiden Organisationen der Selbständigen vereinigten sich zum Deutschen Konditorenbund, errichteten Unterverbände und überzogen das Reich mit einem Netz von Zentren. Die hatten Kriegsjahre haben leider in den Köpfen der Gehilfen nicht die Einigkeit erlangt, obwohl heute jeder weiß, daß jede Röspitälzung nur der Gehilfenschaft zum Schaden gereicht.

Die Unzufriedenheit rächt sich bitter. Heute sehen wir schon, daß überall dort, wo die Kollegenschaft nicht gewerkschaftlich organisiert ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen weit hinter denen anderer Handwerksgehilfen zurückgeblieben sind. Die Kluft wird immer größer und bald wird es wieder so fein wie vor dem Kriege, daß die Konditoren zu den schlechtestbezahlten Gehilfen gehören. Anders stehen die Selbstständigen da. Sie sind die leichten Seiten recht gewinnbringend gewesen.

widerlegt. Die bol'schewistische Idee hat alle Hemmungen und Angriffe überwunden und es sieht nicht danach aus, als ob eine reaktionäre Gegenbewegung dort die Herrschaft gewinnen könnte. Allmählich werden nun auch nähere Einzelheiten über die Beziehungen in Russland bekannt und dabei stellt sich heraus, daß man sich, veranlaßt durch die unzähligen Schauernachrichten, vielfach ganz falsche und in bezug auf die Unverträglichkeit der dortigen Zustände übertriebene Vorstellungen gemacht hat.

Das Dietzroda-Institut in Breslau hat vor kurzem die „Gesetzegebung der Volkswohl“ in deutscher Übersetzung herausgegeben (Saubers Verlag, Leipzig und Berlin). Hierin spiegelt sich auf authentischer Grundlage wider, in welchem Grade sich die sozialistische Idee in Süß-Isch's Handlungselement hat.

Eine der ersten Maßnahmen war die gesetzlich  
Einführung des Arbeitstundentages. Die Nach-  
arbeit der Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren i-  
verboten, Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nur 6 Stunden  
arbeiten. Für alle Entscheidungen auf dem Gebiete des Ar-  
beitswesens sind die Gewerkschaften maßgebend, in  
einer Gleichheit nach jeder Kreativität, Mann und Frau  
angehören. Es gibt im bolschewistischen Russland kein  
Großgrundbesitz mehr. Die Staat- und Kirchengüter sowie  
der Boden des privaten Gütbeherrschers wurden ohne En-  
feindigung aufgehoben und dem Agrarkomitee unterstellt; auf-  
genommen sind die Güter der Bauern und der Städte. Der  
besitzierende Boden ist Staatseigentum und wird periodisch  
unter die Landbevölkerung verteilt. Es sind für die Ver-  
teilung des Stammesbodenflächen für die einzelne Einheitsstro-  
eingehende Beschränkungen getroffen. Lebhaft ist, daß das  
vertragene Land auch ordnungsgemäß bewirtschaftet wird. S-  
ollte das nicht, so steht das Gesetz Geldstrafen für die  
Schwinger vor. Die zur Eigenbedarf überreichende Pro-  
duktion dient zur Versorgung der Städte und ist von  
Agrarcomitees abzuliefern. Der Handel mit handelsmäßig  
lichen Maschinen, Schmieden und Getreide ist strikt untersagt.  
Die Bevölkerungsnahme des russischen Grundbesitzes ist in  
Betracht und sind alle Schafe, Berge und Bergfondi  
von künstlichen Grundrücken verbeten. (Fortsetzung folgt)

wiesen, daß die Konditoren keine Interessengemeinschaft mit den Bäckern haben können. Unser Verband will das Handwerk vernichten und den Gehilfen die Möglichkeit zum Selbstständigwerden nehmen. Einige geschäftige Wortführer erzählen die Märkte nach und erreichen somit ihren Zweck, die Uneinigkeit unter den Gehilfen. Früher konnten wir unter den Bäckern dieselben albernen Redensarten hören. Diese Kollegen sind aber davon heute gründlich kuriert, weil sie selbst in der ganzen Misere stecken und das Glend sehen, das durch die Rechtsgeschichter hervorgerufen wurde.

Warum soll aber zwischen Bäckern und Konditoren keine Interessengemeinschaft bestehen? Schon die Verordnung vom 23. November 1918, betreffend die Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien, erfordert gemeinsam in der Gehilfenschaft in beiden Gewerben. Die von den Bäckermeistern geplanten Anschläge auf den Achtfundstag zur Einführung einer Achtundvierzigstundenwoche erheischen doch in den Kreisen der Konditoren dieselben Abwehrverpflichtungen, wie bei den Bäckern. Im Vorjahr wurde bekanntlich von den Arbeitgebern beider Berufe der Vorstoß unternommen zur Wiedereinführung der Sonntagsarbeit in den Konditoreien und zur Herstellung von Konditoreiwaren in den Bäckereien. Damals haben die Bäcker ihr redliches Teil dazu beigetragen zur Abwehr dieser Verschlechterung. Keinem Bäcker ist es eingefallen, zu erklären: Damit haben wir nichts zu tun, das ist eine Sache, die nur die Konditoren betrifft. Gemeinsam in solidarischer Weise wurde gehandelt. Und so muß es auch in der Zukunft sein, wenn sich die Bäcker und Konditoren gegenseitig schützen wollen.

Werken denn die Konditoren nicht, daß die vom Arbeitgeberseite gegen die Bäcker geführte Gegnerschaft nur zum Schaden der Gehilfen selbst ist? Den Augen daraus ziehen die Unternehmer. Und leider müssen wir wahrnehmen, daß sich unter den Gehilfen Elemente befinden, die sich den Wünschen der Selbständigen gefügt erweisen und die Interessen ihrer Kameraden schwer schädigen.

Die Tagung in Halle hat Klarheit geschaffen. Wir wissen nun, daß der Kurz der Magdeburger nicht nach der Richtung verläuft, um mit aller Konsequenz die Gehilfeninteressen zu vertreten, sondern daß er in dem grundsätzlichlosen Streit landete, wo Halbhkeiten bestehen und darunter die Interessenvertretung für die Gehilfen Schaden leiden muß. Man kann als Gehilfenschaft nur eines: Entweder klare Gehilfenspolitik vertreten, die zu Gegenständlichkeiten mit den Arbeitgebern führen muß, oder Harmoniebund mit den Arbeitgebern, wobei nicht wir, sondern andere bestimmten, wie sich unsere soziale Lage gestalten soll. Die Entscheidung in Halle hat den Magdeburger Verband dorthin geleitet, wo seinerzeit der Nationaldeutsche Konditorgehilfensverband stand, auf die schwere Ebene, wo der Aufstieg für die Kollegenschaft unmöglich ist, aber ganz bestimmt eintreten wird, daß in den Zustätsen Rüssels — der auf der Tagung zum Ehrenmitglied ernannt wurde — weitergefroren wird.

## Karlöser Zustand in den Konsumvereinen und die Aufgaben der Betriebsräte.

Wie allen Kollegen in den Genossenschaften bekannt ist, läuft mit dem 31. Juli dieses Jahres der Tarifkatalog mit den Genossenschaften ab. Es beginnt ein tarifloser Zustand. Die wenigsten Kollegen werden sich überlegt haben, was das bedeutet. Es ist jedesfalls einen Rücksicht; denn ein neuabgeschlossener Tarifvertrag ist immer ein Fortschritt, wenn er auch nicht immer allen Wünschen der daran beteiligten Kollegen entspricht.

Bisher hat sich die Mehrzahl unserer Kollegen wenig um das Tarifverhältnis unserer Organisation mit den Genossenschaften gekümmert. Es gab sogar solche, die den Tarif nicht kannten. Sie wünschten nur, daß er jeweils auf 5 Jahre abgeschlossen würde. Dann wird er wieder erneut, dachten sie, und die Sache ist auch für uns wieder auf weitere 5 Jahre erledigt. Ich glaube, daß es in der Zukunft besser wird in dieser Hinsicht, und zwar durch den Zwang der Verhältnisse und durch die Not, wie das ja bei einem großen Teile der Arbeiterschaft überhaupt immer noch der Fall war.

Auf dem Verbandsstage in Münster wurde eine dahingehende Entschließung angenommen, daß versucht werden sollte, mit den Genossenschaften wieder in ein Tarifverhältnis zu kommen, oder doch so etwas Ähnliches an seine Stelle zu setzen. Die Genossenschaften werden nach meiner Überzeugung bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben. Sie erwarten von einem tariflosen Zustand mehr Bewegungsfreiheit, nicht, damit sie sich mit den Neuerungsplänen schnell aufrecht bewegen können, wenn eine überzährende Neuerung eintrete („weil das Tarifamt ein Hemmschuh für sie gewesen sei“), sondern etwas ganz anderes hat sie zu diesem Vorgehen bewegt. Alle Neuerungen, die freidig mit den Genossenschaftsverwaltungen beschäftigt Neuerungspläne usw., zu tun hatten, werden gemacht haben, wie der Hase läuft. Es war stets zu hören: wir haben doch einen Tarif; die Neuerungspläne ist vom Tarifamt festgestellt; darüber hinaus können und dürfen wir nicht gehen und vieles anders. Der rein kapitalistische Standpunkt wurde immer mehr und mehr in den Vordergrund gestellt gegenüber dem genossenschaftlichen Verbesserungsdankant. Die ganze Genossenschaftsbewegung hat doch in der Arbeiterschaft ihre größte Stütze, und deshalb ist es auch Pflicht der Genossenschaften, daß sie ausreichende Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren Arbeitern und Angestellten gewähren. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die Genossenschaften erklären kurz und bündig: wir seien gar nicht ein, warum wir höhere Löhne bezahlen sollen als die Privatbetriebe. Besonders die Bäcker müssen daher drehen, und es wird versucht, unser Kollegen Plausibel zu machen, wie günstig sie sich gegenüber den Bäckern in Privatbetrieben stellen. Das trifft heute ebenfalls in keiner Weise mehr zu. Die Löhne in Kleinbetrieben weisen in den meisten Orten keine große Differenz mehr auf gegenüber den Löhnen in Großbetrieben. Wenn man die Leistungen der Bäcker in den Genossenschaften mit denen in Kleinbetrieben vergleicht, so ist diese Differenz wohl mehr als auszugleichen.

Weil sich nun die Genossenschaftsbäcker endlich gegen diese eingemurmelte Schmiederei in den Genossenschaftsbäckereien wehren, wird ihnen das arg verbüßt. Es wird sogar behauptet, daß es zu den Pflichten der Genossenschaftsbäcker gehört zu schützen. In jeder Nummer der „Rundschau“ hat ein Herr Koch etwas auszusagen über die Maßnahmen unserer Organisation. Besonders ist ihm die Meßkontingen-

tierung in die Bäcker gefahren; denn dadurch könnte ja der Schuster etwas Abbruch getan werden, und das kann man als guter Genossenschaft nicht zulassen. Was hier von der Zentrale vorgebetet wird, das beten alle Provinzien nach.

Wenn nun der 31. Juli hinter uns und der vertraglose Zustand Wirklichkeit geworden ist, so werden unsere Betriebsräte mit der Organisation in allererster Linie zu sorgen haben, daß die Zustände exträglich bleiben. Die Betriebsräte haben in erster Linie die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu wahren; in zweiter Linie kommen die Betriebsinteressen. Das möchte ich ganz besonders allen Betriebsräten ins Gedächtnis rufen. Die Verwaltungen werden bei jeder Gelegenheit die Betriebsräte auf ihre Pflichten dem Betriebe gegenüber aufmerksam machen. Das ist ja auch nicht anders zu erwarten. Unsere Kollegen, die auf solche verantwortungsvolle Posten gestellt sind, werden ihre ganzen Kräfte anspannen müssen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Notwendig ist aber auch die Unterstützung und volle Einsicht der übrigen Kollegen in den Betrieben, besonders derjenigen, die bei jeder Gelegenheit mit dem Kopf durch die Wand wollen. Diese wollen sich noch besonders merken, daß durch fortgesetzte Nörgelei dem Betriebsrat die Tätigkeit erschwert und schließlich ganz verleidet wird.

Wenn auch mit Recht behauptet wird, daß das Betriebsrätegesetz die Arbeiterschaft nicht befriedigt hat, so muß doch festgestellt werden, daß uns gewisse Rechte zuteil geworden sind, die wir vordem nicht hatten und nicht erreichen konnten, und diese Rechte müssen wir restlos in Anspruch nehmen.

Hoffen wir also, daß die Betriebsräte mit Hilfe unserer Organisation das Beste für unsere Kollegen leisten können. Von unseren Kollegen hoffe und erwarte ich, daß sie sich der Lage voll bewußt sind, restlos ihren Betriebsräten und der Organisationsleitung zur Seite stehen und ihnen den Rücken stärken, damit die Genossenschaftsarbeiter der übrigen Kollegenschaften als leuchtendes Beispiel dienen werden.

Görlitzin Popp.

## Neue Löhne im Cölner Konditorgewerbe.

Schon seit längerer Zeit hatten die Konditorgehilfen bei den Arbeitgebern höhere Lohnsätze beantragt und den Lohnkatalog gefordert. Während nun die Firma zuerst mitteilte, daß sie bereit sei, den Gehilfen, die keine Kost und Wohnung beim Meister hätten, 5 bis 10 % Aufbesserung zu gewähren, widerrief sie dieses Angebot schon nach einigen Tagen mit der Bemerkung, daß sie Verhandlungen ablehne. Die Gehilfen nahmen in äußerst stark beladenen Versammlungen, in denen Begrüßungsfeierlichkeiten stattgefunden, hierzu Stellung. Man brachte allgemein zum Ausdruck, daß die Löhne im Berufe zu den niedrigsten am Orte zählen, während die Verkaufspreise für Konditoreiwaren nirgends so hoch sind wie hier. Gefordert wurde, unverzüglich in den Streit einzutreten. Eine Abstimmung ergab, daß sämtliche in Arbeit stehenden Gehilfen für den Streit stimmen. Auf Vorschlag der Versammlungsleitung wurde jedoch beschlossen, den Spruch des inzwischen angenommenen Schlichtungsausschusses abzuwarten. Viele schärfste Ausführungen prasselten auf das Verhalten des Prinzipal nieder, da doch festgestellt werden müsse, daß gerade solche, die die größten Gegner jeder Aufbesserung seien, selbst Verstreitung und angeblich Heilung im schönen sonnigen Italien suchten. Scharf gegeißelt wurde auch die Lehrlingsausbildung einiger Vorstandsmitglieder der Firma, die 3 und sogar 5 Lehrlinge ausbildeten, aber Gehilfenslöhne nicht zahlen wollten. Der Schlichtungsausschuss hat nun in seiner Sitzung vom 15. Juni zu den Forderungen Stellung genommen. Er mußte anerkennen, daß die Löhne der Konditorgehilfen zuzeitig weit hinter den Löhnen anderer Berufe zurückblieben und setzte deshalb durch Spruch folgende Lohnsätze fest:

	Keine Kost und Wohnung	Kosten und Wohnung
Für Gehilfen im Alter bis zu 19 Jahren	110 M.	160 M.
von 19 bis 21	132	175
21	154	200
über 21 Jahre	178	230
		265

Für Kost und Wohnung kann denjenigen Gehilfen, die Kost und Wohnung im Hause des Meisters haben, pro Woche 45 M. in Abzug vom Lohn gebracht werden. Dieser Schluß wurde deshalb nicht erhöht, weil auch die Lohnsätze dem angepeilt seien. Die neuen Löhne haben oben vom 1. Juli an Gültigkeit. Da nicht alle Konditoreien und Cafés des Landes angehören, ist die Verbindlichkeit beantragt worden. Der Spruch wurde von den Gehilfen angenommen, obwohl er nicht ihren Wünschen voll entsprach. Auch die Firma erkannte ihn nach längerem Studium an.

Der Ausgang der Bewegung ist auf den geschlossenen Zusammenschluß der Gehilfenschaft zurückzuführen. Sie hat nun auch die Aufgabe, für die genaue Durchführung in den einzelnen Geschäften Sorge zu tragen, und der Organisationsleitung alle Geschäfte, die die neuen Lohnsätze nicht zur Auszahlung vom 1. Juli bringen, auf dem Verbandsbüro: Seestraße 103, 3. Et., zu melden, damit von dort aus das weitere veranlaßt werden kann.

## Journalistische Auskündigung.

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ hat die von uns überreichte „Richtungstellung“ nicht veröffentlicht. Statt dessen lesen wir in Nr. 27 nachstehende Notiz:

Das Ergebnis des Harzburger Genossenschaftstages hat Lanke teil uns mit, daß er sich nicht von der Biednerliste habe freichen lassen, sondern von der Wirtschaftszeitung „Abstand geben müssen“ habe. An der Verhandlung des von der Deutschen Bäcker- und Konditorzeitung“ gegen Herrn Cohen gerichteten Angriff wird auch diese Feststellung natürlich nicht das mindeste ändern. Das Blatt hatte dem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor den Lesern des Berichtes des Vorwurfs gemacht, zur Tariffrage nicht das Wort genommen zu haben, obwohl bekannt wäre, daß der Debattheschluss Herrn Cohen davon hinderte, und obwohl, wie jetzt erklärt wird, der einwährende Vertreter der Bäckerzeitung und damit der Bäckerinteressen freiwillig auf das Wort verzichtet hatte. Schöner wird das Ding durch diese „Berichtigung“ wirklich nicht.

Das Kollege Lanke im Einverständnis seiner übrigen Verbandsvertreter deshalb von der Wortmeldung Abstand nahm, weil der Vermittlungsvorschlag Stuttgart-München nicht die notwendigen 25 Stimmen Unterstützung erhielt, um zur Debatte gestellt werden zu können, brauchen nach der Ansicht der „Rundschau“ ihre Leser nicht wissen. Es wird dann den „liebenswürdigen“ Verdächtigungen gegen unsren Kollegen der Boden entzogen werden. Nur das nicht, darum wird aus der Richtungstellung ein Drecksschwanz gemacht, dann bleibt sicher etwas hängen.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bäckerverband Hamburg.

Bei der am 27. Juni stattgefundenen Wahl der Beisitzer zum Verbandsvorstande wurden gewählt: Th. Bick, Frau Höfler, Walter Schmidt, Johann Theiner, Otto Giedner, Karl Bächle, Alex Blehl, Arthur Günther, Wilhelm Horn, Heinrich Giesges, Wilhelm Pößel.

Der Verbandsvorstand.  
J. U.: Jos. Diermeier, Vorsitzender.

### Aus den Bezirken.

Augsburg. Die Zahlstelle hat mit dem Fleischerverband ein Bureau errichtet. Alle Zuschriften sind an Josef Börg, Frauentorstr. F 281, Gewerbehause, zu richten; desgleichen sind dort alle Beschwerden wegen Nichteinhaltung der tariflichen Vereinbarungen anzubringen.

### Sterbetafel.

Braunschweig. Artur Grundmann, gestorben am 25. Juni.

München. Josef Schräzenstaller, Bäcker, 28 Jahre alt.

Münster I. W. Johann Ventker, gestorben am 16. Juni.

Ehre ihrem Andenken!

### Korrespondenzen.

Bella-Mehlis. Am 29. Juni wurde die Zahlstelle Bella-Mehlis errichtet. In den Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender Karl Habermann, Berenberg 16; Kassierer Rudolf Stein, Am Kohlemagazin 7; Schriftführer Martin Goller, Revisorin die Kollegen Huth und Baleski; Kartelldelegierter Kollege Huth. Kollege Sieger wies auf das große Agitationsebiet hin, was die Kollegen von Bella-Mehlis zu bearbeiten haben und auf die Gründe, die dazu geführt haben, daß eine Zahlstelle errichtet wurde. Kollege Sieger als Vorsitzender der Zahlstelle Suhl dankte den Kollegen für ihre tätige Mitarbeit und ersuchte die Kollegen, ihren eigenen Vorstand nun auch recht fröhlig zu unterstützen. In der Versammlung wurde gleichzeitig Protest gegen die Machtgänge der Bäckermeister erhoben und die von Kollegen Steger vorgelegte Entschließung einstimmig angenommen, worüber später noch zusammenfassend vom Bezirk berichtet wird.

### Bäcker.

Mischerleden. Bäckermeister Nehbaum scheint zu der Kategorie von Unternehmern zu gehören, die sich um die tariflichen Lohnvereinbarungen nicht im geringsten kümmern. Trotzdem hier seit dem 15. Juni ein Tarifwochenlohn von 95 M. besteh, zahlte R. seinem Gesellen neben Kost und Logis nur 18 M. in der. Die Bemühungen des Verbrauchermannes hatten keinen Erfolg. Es mußte daher die Sache vor dem Gewerbericht anhängig gemacht werden, daß auch nach mehrmaligen Verhandlungen Nehbaum zur Zahlung von 189 M. verurteilt. Nun folgte die Rache auf dem Fuß: dem Gehilfen wurde gefündigt. Der organisierten Arbeiterschaft wäre es sicher ein leichtes, dem Herrn degradisch zu machen, daß sie auf seine Waren verzichtet. Der tarifwidrige Meister würde dann recht bald zu der Überzeugung kommen, daß man nicht ungestraft mit den Gehilfen Schindläder treiben kann.

Augsburg. Am 22. Juni nahm eine allgemeine Bäcker- und Konditorgehilfensversammlung Stellung zur Lohnbedeutung der Bäcker. Die Firma teilte mit, daß sie Verhandlungen über die Forderung auf Erhöhung der Leistungszulagen ablehne. Es wurde beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen, um die gerechten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Zu der von den Bäcker- und Konditorinstituten geplanten Verschlechterung der Verordnung vom 22. November 1918 wurde in einer längeren Resolution ausgesprochen, daß die Gehilfenschaft jedes Mittel anwenden wird, um die reaktionären Bestrebungen zu vereiteln. Desgleichen versprechen sich die Versammlungen, mit allen Mitteln die Schätzungsabschöpfung zu bekämpfen.

Nus Oberschlesien. Es gewinnt nach den neuesten Befragungen den Anschein, daß nunmehr doch Leben unter die Bäcker- und Konditorgehilfen kommt. Die Gelben, die seinerzeit unsere aussprechende Organisation durch ihre meisterhafte Politik stark im Vorwärts hielten, sind nunmehr am Ende ihres Lateins angelangt, weil die Verhältnisse härter als die Menschen sind. Jetzt sehen die Kollegen ein, daß sie einen großen Fehler machten, als sie dem gelben Freiheit nachjagten. Ihre Lohns- und Arbeitsbedingungen sind weit hinter anderen Orten zurückgeblieben. Durch die hier geradezu unheimliche Dimensionen angenommene Lehrungsziehlerrei sind Kaufende gelernter Bäcker und Konditoren gezwungen, aus dem Berufe abzusteigen und sich in anderen Industrien Verdienst zu suchen. Dort arbeiten heute weit mehr Bäcker und Konditoren als im Gewerbe selbst. In der Tariffrage ist es nicht besser. Die Abmachungen stehen mir auf dem Papier, obwohl die Unternehmer es verstanden haben, bei den Lohnregelungen ganz aufklängige Verkaufspreise von den Behörden für sich herauszuholen. So wurde in

Kattowitz am 25. Mai ein neuer Tarif mit der Fassung abgeschlossen, der aber nach einigen Tagen von den Bäckermännern rückgängig gemacht wurde. Aus diesem Grunde und wegen der Entlassung zweier Kollegen bei Matzke wurde eine Volksversammlung einberufen. Die Versammlungsmitnehmer zogen hierauf vor den verbandsfeindlichen Meistern und beständen auf der Wiedereinstellung der beiden gemäßgelehrten Kollegen. In den übrigen Industriestädten ist es noch schlimmer, weil eine starke Organisation, die unsere Kollegen schützen würde, fehlt und sich die Kollegen immer wieder von ihren Meistern beeinflussen lassen. Merkt Euch das, Kollegen in Oberösterreich! Es wird Euch nicht früher besser gehen, als bis Ihr Euch einig werdet und Euch frei macht von der Bevorwürfung durch die Meister.

## Internationales.

Am 23. und 24. Mai fand in Brüssel der Kongress des belgischen Lebens- und Genussmittel-Industriearbeiterverbandes statt. Kamerad Hillebregt, der vom holländischen Bruderverband als Vertreter dorthin entsendet wurde, berichtet hierüber im holländischen Verbandsorgan. Wir entnehmen dem Bericht: Die Organisation hat besonders unter den Flamen gute Erfolge zu verzeichnen. Im wallonischen Gebiet sei das noch nicht der Fall. Dort besteht weniger Interesse an der gewerkschaftlichen Organisation. Der Verband zählt nunmehr 10000 bis 11000 Mitglieder. Ein gewaltiger Aufschwung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß vor dem Kriege etwa 2000 Mitglieder vorhanden waren. Damals stand es auch noch bei den Bäckern und Konditoren schlecht um die Organisation. Heute sind 16 Fachgruppen im Industrieverband vertreten. Der Bestand in der Kasse wies am 30. April 124000 Fr. auf. Von Interesse ist die Mitteilung einer Besprechung mit Minister Wouters. Es sollen in den Nahrungsmittelbetrieben Kommissionen eingesetzt werden, die von Zeit zu Zeit die Löhne und die Arbeitszeit feststellen. Die Beschlusssatzung zur Erhöhung der Verbandsbeiträge hatte dem Kongress viel Zeit weggenommen. Eigenartig war es, daß die Flamen, obwohl sie niedere Löhne haben als die Wallonen, durchweg für die Erhöhung eintraten. Die Wallonen sprachen sich gegen die Erhöhung aus. Es wurde mit 6000 gegen 3000 Mitgliederstimmen dem Vorschlag des Vorstandes zugestimmt. Bei der Festsetzung der Gehälter für die Angestellten wurde ein Wochenminimum von 175 Fr. nebst Dienstzulagen beschlossen. Dem Vorstand wurde überwiesen, für die gesetzliche Einführung des Achtstundentages und eines wöchentlichen Lohnminimums Propaganda zu entfalten.

Der Kongress zeigte recht deutlich, daß unter den Mitgliedern noch große Schulung notwendig ist. Die Leitung gibt uns aber die Gewähr, daß alles getan und die Organisation sich von Jahr zu Jahr mehr festigen wird.

**Nester Tarifabschluß in der dänischen Süßwarenindustrie.** Das Fachblatt des dänischen Zuckerwaren-, Schokoladen- und Biskuitarbeiterverbandes berichtet in der Juniausgabe über das neue mit dem Fabrikantenverband am 28. Mai getroffene Lohnübereinkommen. Die Löhne betragen für die geübten Arbeiter im ersten Jahre nach der Lehrzeit 75 und für die übrigen Arbeiter in der Zuckerwarenindustrie 85 Kronen. Die Schokoladenarbeiter erhalten 73 bis 79 Kronen und die ungelehrten männlichen Arbeiter 74 Kronen wöchentlich. Die Arbeitnehmer bekommen einen Anfangslohn von 41 Kronen und nach einer Beschäftigung von 9 Monaten in der Industrie erhält sich der Wochenlohn auf 45 Kronen. Diese Löhne sind an alle männlichen und weiblichen Arbeitskräfte über 18 Jahre zu zahlen. Bei Akkordarbeit wird allen Beschäftigten auf den Wochenlohn ein Aufschlag von 20 % gezahlt. Die neuen Lohnvereinbarungen haben bis 1. Februar 1921 Gültigkeit.

## Ernsthaftige Rücksicht.

Der Zentralverband der Angestellten ist momentan auf 470 000 Mitglieder angewachsen. Die Entwicklung dieser Organisation ging seit der Revolution in rasendem Tempo vor sich. Am Ende des 3. Quartals 1918 zählte der Zentralverband der Gewerkschaften 51888 und der Verband der Gewerkschaften 15 883 Mitglieder. Durch die Vereinigung dieser Verbände mit dem Verband deutscher Betriebsarbeiterinnen zum Zentralverband der Angestellten ging die Mitgliedszahl ein Jahr später auf 350 828. Am 1. Juni waren 400 000 erreicht. Die Organisation hat nunmehr einen Standpunkt erlangt, um bei Strafe, Ausprierungen und ähnlichen Maßnahmen den Kolleginnen bestmöglich beizustehen.

Zum 1. Juli lag das Verhältnis des bestreiten Bereichsgebietes in der Deutschen Gewerkschaftsverbands auf über 400 000 Mitglieder und zur größten Gewerkschaftsorganisation der Welt eingezogen.

Die „Betriebszeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverbandes ist neuartig erschienen. Schon die Nr. 1 steht für die in den Schmidtschen Töpfen eine Zelle des revolutionären Materials. So der Gewerkschaftszeitung heißt es: „Die Betriebszeitung kann wahrscheinlich weder die Gewerkschaft noch die Sache des sozialen Lebens erzielen, sofern nur eingerichtet und die Regie selbst, auf denen der Gewerkschaftszeitung das soziale Leben ruht, eingerichtet werden, sofern Stoff zum Nachdenken bietet und Sprache an der Freiheitserziehung erfordert. Jede Gewerkschaft soll politische Fragen erörtern die Selbstbehauptung und die Entwicklung im Interesse und Verhältnis mit den Unternehmern, die besitzt den Bürgern vor der Steuerfreigabe, und er höher steht als der Kaufmannsstand, und ihm steht.“ Wir freuen uns sehr darüber und ganz erfreut. Die Gewerkschaften haben eine große Mission und Zukunftsvorstellung vor sich und wenn sie sich ernst machen wollen,

dann haben sie auch die Pflicht, sich eingehend mit dem Studium in allen wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen.

Die Betriebszeitung erscheint monatlich in einem Umfang von 3 M. für das Werkjahr bezogen werden. An unsere Zahlstellen ist die Nr. 1 bereits versendet. Sie ist an die Betriebsräte und Betriebsobaleute auszuhändigen.

**30 Jahre Fabrikarbeiterverband.** Der Proletarier berichtet in Nr. 26 über das dreißigjährige Bestehen der Organisation. Am 26. Juni 1890 gründeten 29 Delegierte auf dem ersten Kongreß den „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“. Das erste Jahr konnte mit einem Mitgliedsstand von 1961 abschließen. Der Aufschwung vollzog sich in der ersten Zeit langsam. 14 Jahre waren notwendig zur Sammlung der ersten 5000 Mitglieder. Von da an setzte aber ein rascheres Tempo ein. 2 Jahre später waren 100 000 weit überschritten. Das zweite Hunderttausend wurde 1912 erreicht. Der Krieg brachte aber die Organisation 1916 auf 80 545 Mitglieder herab. Dann setzte eine sprunghafte Aufwärtsbewegung ein und am Jubiläumstag konnte der Verband über 600 000 Mitglieder aufweisen.

## Allgemeine Rundschau.

**Wiederansetzung des gesetzlichen Steuerabzuges?** Nach übereinkommenden Meldungen der deutschen Tagespresse haben die 3 neuen Koalitionsparteien und die Sozialdemokraten im Reichstag einen Antrag auf sofortige Aufhebung des Steuerabzuges vom Sohn eingereicht, weil sie nach allgemeiner Auffassung diese Maßnahme nicht nur nicht durchführbar ist, sondern auch eine große Ungerechtigkeit gegenüber der arbeitenden Bevölkerung bedeutet. Reichsfinanzminister Wirth ist grundsätzlich bereit, auf diese Forderung einzugehen, so daß die Reichsregierung sich in einer ihrer ersten Sitzungen mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben wird. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der neue Reichstag diese Verordnung sofort wieder außer Kraft setzen wird.

## Gewerkschaftliches.

Die Großheraus-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, die während der Kriegsjahre leider zum Schaden der Verbraucher in weitem Maße aus der Bedarfdeckungswirtschaft ausgeschaltet war, wurde im Jahre 1919 wiederum eingerichtet in den Stand gesetzt, ihre gewohnte Tätigkeit aufzunehmen. Trotz der in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen liegenden Schwierigkeiten gelang es ihr, ihren Großbetrieb und seih einzelnen Zweige wieder zu beleben. Das geht vor allem aus der Eröffnung des Barenumsatzes von 104 600 972 M. auf 242 698 075 M. hervor, in der nicht nur die Preisabschürfungen, sondern auch die Vermehrung der zur Verfügung stehenden Warearten und Warenmengen zum Ausdruck kommen. Das Nachsehen hat im Laufe des Jahres angehalten und sich verstärkt. In den ersten 8 Monaten betrug der Gesamtumsatz bereits 241 229 385 M. Die Lagerfamilien wenigstens teilweise ihres eigentlichen Zwecks wieder dienbar gemacht werden. So Maria wurde eine Zweigstelle eröffnet. Die Eröffnung eines Lagers in Stuttgart geht der Vermehrung entgegen. Auch die Wiederaufnahme der 50 Gewerkschaftsvereine, denen 988 Vereine angegeschlossen sind, war eine rechte. Der Umsatz stieg von 8 auf 20 Millionen Mark, gegen 58 Millionen Mark im letzten Friedensjahr. Von gewerkschaftlichen Organisationen konnte für rund 13 600 000 M. Waren bezogen werden. Die Produktionsbetriebe der Gesellschaft leben zum Teil sehr unter dem Mangel an Rohstoffen. Die Zigarettenfabriken in Herburg, Hochheim und Frankenberg stellen Waren im Werte von 2 312 600 M., die Landwirtschaftsakademie Nordhausen im Werte von 720 200 M., die Seifenfabrik Gröba im Werte von 9 610 700 M., die Seifenfabrik Düsseldorf im Werte von 3 679 300 M. her. Da die Ausfuhrung des Erste Weltkriegs bisher leider abgelehnt ist, besteht die betrübliche Tatsache, daß die organisierten Verbraucher unvergänglich eingerichtete Seifenfabriken besitzen, die sie nicht voll ausarbeiten können und deren Erzeugnisse in erheblichem Umfang in private Hände gehen. Der Umsatz der Zigarettenfabrik in Gröba, die lediglich für die amtliche Staatsanstellung arbeitet, stieg auf 4 337 100 M., der der Südwollfabrik Eisenberg auf 1 263 700 M., der der Kistenfabrik Gröba auf 906 500 M., der der Papierfabrik Gröba auf 390 200 M., der der Gewässergewerbe Hamburg auf 2617 000 M. Die Baderwaren- und Schuhfabrik Altona stellt Waren im Werte von 1 471 250 M. her. Im letzten Friedensjahr wurde die Schuhfabrik und Seifenfabrik in steiemem Umfang wieder aufgenommen werden. Infolge der bestehenden Verordnungen mußte fast die Hälfte der erzeugten Waren an Großhandelsfirma geliefert werden. Die am 1. September 1919 übernommene Bürknerfabrik Schmiedeberg bei einer bemerkenswerten Erkrankung der Beschäftigung 513 600 M. Umsatz, die am 1. Oktober zur Gesellschaft getrennte Holzindustrie Dortmund 745 000 M. Umsatz, während die Weberei und Strickerei Oppach es auf 345 700 M. brachte. Dieser Betrieb leidet im März die Weberei mit 10 Stühlen und die Weberei Spinnerei Mitte Mai mit 36 Maschinen wieder aufzunehmen. Der Gesamtumsatz der Fabriken stieg von 19 390 503 M. auf 23 681 534 M. Die Handelsabteilung spiegelte in ihrem Ergebnis den Rückgang des Geldwertes wider. Der Gewerbeaufschlag ging von rund 54 Millionen Mark auf 1174 Millionen Mark. Die Gesellschaft beschäftigte in allen Betrieben zusammen 241 Personen, gegen 1195 im Vorjahr. In Gehältern und Gehaltszulagen wurden über 7 Millionen Mark gegen nächst 2 210 000 M. im Vorjahr gezahlt, an Betriebsverbaubetragen 308 200 M. Für Kriegsfürsorge wurden einschließlich der im letzten Jahre geschafften Summe nächst 19 223 250 M. veranschlagt. Die Tilgung belief sich auf 237 337 649,87 M. M. Das Stammdatier beträgt 15 Millionen Mark und soll in der bestreitigten Sachlage der Gewerkschaftsumstaltung auf 20 Millionen Mark erhöht werden. Die Reserven sind über 15 Millionen Mark, der liquiden Stock über 2½ Millionen

Mark vorhanden. Der Steingewinn beträgt 2 076 954,84 M. Hierzu werden 200 000 M. dem Pensionsfonds überwiesen, der im vergangenen Jahr auf über 2 Millionen Mark gewachsen war. Auch der Unterstützungsfonds, der über 450 000 M. umfaßt, erhält eine Zuweisung. Der Bericht zeigt, daß das Zentralunternehmen der deutschen Konsumvereine sich weiter auf aufsteigender Bahn bewegt und allmählich erneut in die Lage kommt, erfolgreich im Interesse des Konsumvereins zu wirken. Wenn sich die Schranken der Zwangswirtschaft gefallen sind und einigermaßen normale Geschäftsverhältnisse herrschen, wird unweigerlich dieses Unternehmen weitere große Aufgaben zu lösen bereit und in der Lage sein.

## Eingegangene Bücher und Schriften.

**Die Gewerkschaftsbewegung** von Dr. G. Nestlegrün, Band I., 428 Seiten, Broschiert 14 M., gebunden 17 M. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inhaber Franz Mittelbach), Stuttgart.

**Spätestens am 10. Juli ist der 29. Wochenbeitrag für 1920 (11. bis 17. Juli) fällig.**

## Versammlungs-Anzeiger

Sonntag, 11. Juli:

Aischerleben, 2 Uhr bei Geishe, Neben den Steinen. Bergedorf, 3 Uhr im „Deutschen Haus“, Sachsenstr. 4. Bernburg, Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. Bremerhaven-Gefestmünde, Vorm. 9½ Uhr bei Klein, Bremerhaven, Lange Straße 18. Buer i. W. Vorm. 10 Uhr bei Kräger, Hochstraße. Crefeld, Vorm. 11 Uhr im Restaurant „Zum Museum“, Karlplatz, Ecke Goethestraße. Eisenach, Vorm. 10 Uhr im „Weißen Hirsch“, Alexanderstr. 106. Erfurt, Behringen, 8 Uhr im Schloßhof „Zum Gottgott“, Gotthardsstr. 14. Frankfurt a. M. (Allgemeine), Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus „Im Schuhmühle“. Hagen-Schwerin, Bei Bergbau, Hochstraße. Leipzig, (Behringen), 8 Uhr im Volkshaus, Zeitzer Straße 22. Lübeck, Vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße. Überhausen i. Rhld. 3 Uhr, „Zum Adler“, Rolandstraße. Remscheid, Vorm. 9 Uhr im Volkshaus, Bläckmarstraße. Stadtsoldaten, 3 Uhr in Volkshaus, Kommandantur. Montag, 12. Juli:

Coburg, 8 Uhr im „Rheinischen Hof“. Dienstag, 13. Juli:

Cöln a. Rh. (Konditoren), 7½ Uhr im Restaurant „Zum Hirsch“, Wallstraße 7. Frankfurt a. M. (Konditoren), 8 Uhr, Holzgraben 7. Gießen-Rieß, (Bäder), 8 Uhr im Volkshaus, Kleine Goethestr. 10. Hamm i. W. 8 Uhr bei kleine Braun, Gewerkschaftshaus. Homburg i. d. H. 7 Uhr bei Kappus, „Zum neuen Bräut“. Kehlberg (Konditoren), 7½ Uhr im „Regentheim“, Nordstr. 17. Mainz, (Konditoren), 7½ Uhr im „Gutenbergs“, Städtehausstraße. Saarbrücken, 8 Uhr im „Gärtnerhof“, Zu den drei Sibyllen, Wilhelmstraße 4. Tangermünde, 8 Uhr im „Käferhof“, Lange Straße 47. Mittwoch, 14. Juli:

Magdeburg, Im „Wiener Hof“. Hamburg-Altona, (Konditoren), 7 Uhr bei Willert, Kohlhöfen 27. Berlin, (Bäder), 7½ Uhr im Volkshaus, Zeitzer Straße 22. Bremen, 1. Mo. 9 Uhr im „Altengarten“. Reichenberg i. Mo. 8 Uhr im Volkshaus. Rostock i. Mo. 8 Uhr im „Volksharmonie“, Doberaner Straße. Straßburg, 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Canover Straße. Wiesbaden, (Konditoren), 8 Uhr, Restaurant „Bürgerhof“, Michaelisberg. Worms, (Konditoren), 7½ Uhr, Restaurant „Endenholz“, Hugenstraße. Donnerstag, 15. Juli:

Überfeld, (Konditoren), 8 Uhr im Restaurant „Haus, Gostamp“ 11. Hennigsdorf, 8 Uhr im „Friesenhaus“, Im neuen Markt. Hennigsdorf, 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstr. 12. Kreuznach, 8 Uhr im Restaurant „Germania“, Planter Straße. Oberhausen i. Rhld. (Konditoren), 8 Uhr, „Zum Adler“, Rolandstraße. Stettin, (Konditoren), Bei Biegom, Nordufußstr. 11. Stuttgart, (Bäder), 7½ Uhr im „Stadt Herzberg“, Holzstr. 20. Rathenow, 8 Uhr im Volkshaus. Worms, 7½ Uhr im Restaurant „Zur Krone“, Friedrichstraße.

Freitag, 16. Juli:

Hof i. B. 7 Uhr im „Bürgerbau“, Ecke Königs- und Alsenbergstraße. Sonnabend, 17. Juli:

Görlitz, 7 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 37. Teterow i. M. Im Gewerkschaftshaus, alte Poststr. 5. Sonntag, 18. Juli:

Chemnitz, (Bäder), 8 Uhr im Restaurant „Zeller Hof“, Turmstraße. Gelsenkirchen, Vorm. 8 Uhr im Metallarbeiterheim, Auguststraße 12. Siegen, Vorm. 10 Uhr im „Börsendienst“. Hannover, (Schuh), 8 Uhr im den Börsendienst. Hildesheim, 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstraße 16. Bremen, 1. Mo. 8 Uhr im Restaurant „Centralhotel“. Oldenburg, 8 Uhr im „Centralhotel“, Doberaner Straße. Straßburg, 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Canover Straße. Wiesbaden, (Konditoren), 8 Uhr, Restaurant „Endenholz“, Hugenstraße. Mainz, (Behringen), 8 Uhr, „Gärtnerhof“, Eimerwegsgasse. Cöln, (Bäder), 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Würzburg, 8 Uhr im „Gärtnerhof“, Königstraße. Bamberg, „Zur guten Quelle“, Königstraße.

## Anzeigen

### Nachruf. [6,50 M.]

Unser Kollege  
Josef Schräzenstaller,  
Bäder, 28 Jahre alt, Mitglied  
seit 1908, ist seit den Kämpfen  
bei Soissons im Juli 1918  
verstorben.

Ein ehrendes Andenken wird  
ihm stets bewahren.

Bahnhofsteile Würzburg.

### Nachruf. [6,50 M.]

Am 18. Junt starb unser  
weiter Kollege  
Johann Ventker

aus Brokstedt durch Un-  
fall.

Wir werden ihm ein treues  
Andenken bewahren.

[16 M.] Pralinenmeister zur Zeitung meiner ausgedehnten Pralinenabteilung zum sofortigen

Eintritt gefaßt. Bereitsichtung für die Ausstellung ist, daß der Ge-  
treide oder erhaltende Pralinenabteilung für die Herstellung von qualita-  
tivem Pralinenmaterial verfügt. Bewerbungen mit genauer Beschreibung und  
Sachverständigenurkunden erbetet.

Emmanuel Kleinberg, Berlin, Schokoladen- und Süßwarenman-

fest.

Werner Schröder, Hamburg, Meier-

mann.

Werner Schröder, Hamburg, Meier-

mann.